



Niederschrift

18. Plenarsitzung des Gemeinderates
16. Dezember 2025, 09:00 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 2 der Tagesordnung: Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit in der Stadt Karlsruhe
Vorlage: 2025/1048

Antrag Ö 7 (Seite 33): HHS4_GR6 - Verzicht auf Erhöhung der Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit in der Stadt Karlsruhe zum 1. Januar 2027 (Vorlage: 2025/1102)
- Zugestimmt -

Antrag Ö 8: HHS4_GR5 - Verzicht auf Freifahrtberechtigungen und Parkwertkarten für Gemeinderatsmitglieder (Vorlage: 2025/1101)
- Zugestimmt -

Antrag Ö 9: HHS4_GR5 - Verzicht auf Freifahrtberechtigungen und Parkwertkarten für den Gemeinderat (AfD) (Vorlage: DHH/2025/1013)
- Zurückgezogen -

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, nach Vorberatung im Hauptausschuss, die in Anlage 1 beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit in der Stadt Karlsruhe.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Zustimmung (45 Ja, 1 Nein)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 2 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss am 9. Dezember 2025.

Wir kommen auf der Seite 33 zum Verzicht auf Erhöhung der Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit. Hier haben wir auch noch eine Vorlage, G5, das ist der nächste Punkt, also wir können die zusammen aufrufen. Wir haben einmal Verzicht auf Erhöhung der Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit, und wir haben Verzicht auf Freifahrtberechtigung und Parkwertkarten für Gemeinderatsmitglieder. Und wir haben ja auch noch eine eigene Satzung dazu. Da müssen wir erst einmal gucken, wie wir damit umgehen. Wir müssten jetzt den TOP 2 dazu aufrufen.

Also wir müssen jetzt ein paar Dinge auseinanderhalten. Das eine ist der Verzicht auf die Erhöhung der Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit. Das ist, glaube ich, unabhängig davon, was wir gleich als entsprechende Satzung beschließen, wo ja auch die Fahrtkosten drin sind. Und dann würde ich jetzt erst einmal diese Beschlussvorlage GR6 hier zur Abstimmung stellen. Es bedeutet, dass auf die eigentlich vorgesehene Erhöhung der Entschädigungen für die Stadtratsmitglieder verzichtet wird zum 01.01.2027. Und das bitte ich jetzt hier abzustimmen. Nein, wir haben im Moment diese GR6-Geschichte. Also es geht um den Verzicht auf die Erhöhung der Entschädigung, Vorschlag der Verwaltung und darüber stimmen wir jetzt ab, und zwar ab jetzt. – Ja, vielen Dank, das ist entsprechend **angenommen**.

Dann kommen wir unter der GR5, Verzicht auf Freifahrtberechtigungen und Parkwertkarten für Gemeinderatsmitglieder. Das war ja ein Haushaltssicherungsvorschlag von mir oder von uns. Den können Sie jetzt einfach zur Seite legen, weil wir Ihnen ja unter TOP 2 eine eigenständige Satzung zur Änderung der Satzung vorlegen. Und da gibt es unter Ziffer 2 eine Darstellung oder einen Beschlussteil, der sich mit den Aufwendungen für Mobilität der Gemeinderatsmitglieder beschäftigt. Hier hatten wir gestern darüber gesprochen, dass wir eine Wahlmöglichkeit offenhalten wollen, dass Sie sich entweder als Mitglieder des Stadtrats für eine Pauschale von 24 Euro monatlich entscheiden können oder für eine Abrechnung der realen Parkgebühren bis zu einem jährlichen Höchstbetrag. Jetzt habe ich gestern aus den Fraktionssitzungen heraus noch den Zuruf dazu bekommen, dass die 24 Euro als zu niedrig betrachtet werden und man hier 48 Euro vorschlägt. Ich habe jetzt heute Morgen den Zuruf bekommen, dass man dafür auch bereit ist, auf die Wahlmöglichkeit zu verzichten. Von daher würde ich jetzt gerne die Beschlussvorlage der Verwaltung dahingehend ändern, dass wir aus 24 dann 48 Euro machen. Und das ist dann das, womit alle Mobilitätskosten abgegolten sind. Sie kriegen im Monat die 48 Euro, und dann gibt es keine Einzelabrechnung von Parkgebühren oder was auch immer. Und es gibt auch keine KVV-Tickets, Freikarten mehr, weil die ja deutlich teurer sind. Das wäre jetzt das, was ich Ihnen an der Stelle vorschlagen würde. Und damit würden sich alle anderen Anträge aus meiner Sicht, die sich mit Freifahrkarten und Parkwertkarten beschäftigen, erübrigen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich spreche jetzt zu TOP 2, der nicht von unserer Redezeit abgeht, wollte ich nur noch einmal sagen. Nein, nein, es ist nur grundsätzlich. Es ist natürlich ein sehr schwieriges Thema, das vor allem auch in der Öffentlichkeit immer extrem gerne wahrgenommen wird. Ich muss sagen, mir geht es mittlerweile auch sehr nahe, dass es hier so aussieht, als ob wir uns selbst bereichern würden oder sonst was. Ich lade wirklich jeden gerne ein, hier einmal mitzumachen. Ich würde jeden gerne einladen, sich für ein politisches Amt zu bewerben. Und wenn der oder diejenige dann sieht, was da hinten dranhängt, ich glaube, dann würden sie vielleicht auch anders über uns sprechen. Wir haben eben ohne einen Wortbeitrag verzichtet darauf, auf die Erhöhung. Jeder von uns weiß, was in den letzten drei, vier Jahren an allgemeinen Preiserhöhungen da ist. Jeder von uns weiß auch, dass viele von uns ihren Job reduziert haben oder sonstige Einschränkungen haben, und da rede ich noch gar nicht vom Privatleben. Dann kann man immer sagen, das ist ja eure eigene Wahl, ihr könnt dies tun, aber ich hätte gerne viele, ich hätte gerne diese Breite der Menschen weiter in einem Gemeinderat. Von daher ist es auch unerlässlich über eine gewisse Entschädigung zu diskutieren, denn ansonsten ist es nicht attraktiv, und es wird niemand mehr sich hier bereit erklären, dieses zu tun. Das soll jetzt auch kein Wehleid und kein Klagen sein hier in dem Bereich, sondern nur ein Verständnis auch, warum

wir gesagt haben, und zwar nicht so, dass wir gesagt haben, ach Gott, 24 ist zum Beispiel zu wenig, sondern jede Entschädigung, die wir bekommen, müssen wir natürlich auch noch versteuern in dem Bereich. Das geben wir auch alles ordentlich an. Also das heißt dann, nachher im Endeffekt, wäre das vielleicht eine halbe Parkgebühr, die ich dann im Monat kriege, wenn ich mit dem Auto hierherkommen muss. Und das ist bei mir beruflich leider nun einmal so zu tun. Ich glaube, ich spreche jetzt hier für viele und wollte das nur im vorab schon einmal sagen. Wir werden dieser Satzung so notgedrungen zustimmen, der Haushaltslage entsprechend, aber ich will wirklich dafür appellieren. Wir werden nur in Zukunft diese Breite und diese unterschiedliche Vielfalt hier im Gemeinderat gewährleisten können, wenn wir auch dieses Amt zumindest mit einer minimalen Entschädigung, so wie es bisher ist, weiter auch ausführen können, vielen Dank.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Wir können auf den von Ihnen gerade vorgeschlagenen Kompromissvorschlag zugehen. Der entspricht auch mehr oder weniger einem Kompromissvorschlag, den wir schon einmal vor ein paar Jahren eingebracht hatten für eine Mobilitäts-pauschale. Wir sehen, dass es natürlich jetzt erst einmal vermeintlich mehr Geld kostet. Im Hintergrund gehen wir aber davon aus, dass diese Lösung eben Abrechnung und damit auch Personalaufwand und damit auch, auch wenn es vielleicht nur in sehr kleinem Umfang Personalbelastungen einspart. Und daher ist es für uns ein gangbarer Weg, danke schön.

Stadtrat Schnell (AfD): Wir erklären uns mit dieser Satzungsänderung einverstanden und ziehen entsprechend unseren Antrag zu dem Thema zurück, danke schön.

Cramer (KAL): Herr Oberbürgermeister, ich möchte auch noch einmal darauf hinweisen, dass es wirklich wichtig ist, dass wir, so wie es der Kollege Hofmann auch schon gesagt hat, versuchen müssen, wirklich eine breite Vertretung hier im Gemeinderat zu haben, und da gehören auch Selbstständige und Unternehmer mit dazu. Ich selber habe ja auch einen eigenen Betrieb. Ich bin absolut auf das Auto angewiesen. Meine Betriebsstätte ist draußen im Rheinhafen. Ich habe also weite Wege, und die kann ich nicht mit dem Lastenfahrrad oder mit dem öffentlichen Personennahverkehr bewältigen. Das geht nicht. Ich fahre oft so praktisch just in time von meinem Betrieb draußen weg, dass ich hier ankomme. Und dann bin ich einfach darauf angewiesen, einen Platz in einer Tiefgarage zu finden. Und diese 48 Euro, die natürlich bei weitem nicht das abdecken, was man braucht, trotzdem stimmen wir dem heute zu und sehen es auch als eine gewisse Würdigung der Personen, die eben auf ein Auto angewiesen sind.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, weitere Wortmeldungen habe ich nicht. Ich möchte mich dem ausdrücklich anschließen, Herr Hofmann. Sie beschließen heute über Reduzierung der Fraktionsmittel. Sie verzichten auf die Erhöhung der eigentlich anstehenden Aufwandsentschädigung, und Sie entindividualisieren diese Fahrtkostengeschichte, indem wir jetzt auf diese 48 Euro gehen. Ich will jetzt nicht mit Ihnen darüber diskutieren, ob Sie Ihre Fahrtkosten nicht auch steuerlich quasi wieder abziehen können als Werbungskosten, aber wir haben, glaube ich, hier einen vernünftigen Kompromiss. Und wenn Sie die 13 Wochen, die wir keine Sitzungen haben, einmal berücksichtigen, Herr Cramer, und sich das über das Jahr angucken, ich weiß, dass es Monate gibt, da kommen Sie mit Parkgebühren mit den 48 Euro nicht hin. Es gibt aber 13 Wochen, wo eigentlich nichts Großes stattfindet. Die können Sie dann wieder umrechnen auf die anderen. Also ich glaube, am Ende ist es ein

guter Kompromiss. Und uns erspart es auch diese ganze Einzelabrechnung und Ihnen auch. Ich glaube, damit können wir gut fahren.

Ich muss dennoch die Beschlussvorlage, die wir jetzt dann hier zur Abstimmung stellen, das ist ja der Tagesordnungspunkt 2, an dem ist dann auch im Nachhinein nichts mehr zu rütteln, den müssen wir halt dahingehend vom Beschlusstext noch einmal ergänzen, dass eben nicht das, was in der als Anlage 1 beigefügte Satzung beschlossen wird, sondern dass Sie uns autorisieren, diese Satzung noch einmal so zu ändern, dass es eine monatliche Fahrkostenpauschale gibt von 48 Euro für die Mitglieder des Gemeinderats und diese Wahlfreiheit dann eben auch gestrichen wird. Nur, dass wir wissen, was wir beschließen. Ich hoffe, das ist juristisch so, dass ich da nicht noch einmal mit der Satzung hier durch das Gremium muss. Wenn ja, würden wir das bis Montag hinkriegen. Das ist ja dann nur ein formaler Akt. Das also bitte als veränderter Beschlussinhalt hier zur Kenntnis nehmen. Und damit stelle ich jetzt den TOP 2 hier zur Abstimmung, Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit in der Stadt Karlsruhe, und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist noch eine sehr breite Zustimmung, vielen Dank, auch für die Kompromissbereitschaft. Ist es so in Ordnung oder wollten Sie gelb drücken?

Stadtrat Müller (CDU): Herr Oberbürgermeister, ich habe schon richtig gedrückt.

Der Vorsitzende: Alles gut, das habe ich mir gedacht, aber nachdem ich hier alle auffordere, noch einmal nachzufragen, frage ich noch einmal nach.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
19. Januar 2026